

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 562

Mittwoch, 23. Juli 2014

21. Jahrgang

Immer mehr Kinder flüchten vor der Gewaltkriminalität in die USA - in der Hoffnung auf eine sichere Bleibe

Die Migration von unbegleiteten Kindern in die USA machte in den letzten Wochen viele Schlagzeilen. Es werden immer mehr. Die USA schwanken zwischen einer liberaleren Migrationspolitik und Abschottung. Mexiko deportiert täglich 250 Personen. Alle reden vom Schutz der Kinder, von höherer Bestrafung der Schleusserbanden, aber an den sozialen Ursachen ändert sich weiterhin wenig. Auch wenn in der folgenden Reportage von Alberto Arce hauptsächlich von El Salvador die Rede ist, so gilt dies leider uneingeschränkt auch für Guatemala.

Arriaga, Mexiko. An ihrem letzten Schultag prägte sich Gladys Chinoy die Telefonnummer ihrer Mutter in New York City ein und buchte einen Bus in Richtung der nördlichen Grenze Guatemalas. Mit nur ein paar Klamotten im Rucksack überquerte die 14-jährige mit einem Floss aus Lastwagenreifen den Naranjo nach Mexiko und wartete gemeinsam mit fünf anderen Frauen und 12 Kindern auf einen Schleusser. Ein Schleusser kassiert zwischen sechs- und siebentausend Dollar pro MigrantIn, die er in die USA schafft. Die Frauen und Kinder warten an den Bahngleisen in der kleinen Stadt Arriaga in Chiapas bis der Signalton der Lok und das Licht ihrer Scheinwerfer die Nacht durchdringen. Plötzlich kommen Dutzende Teenager und Mütter mit kleinen Kindern aus dunklen Häusern und Hostels geeilt, um sich auf die sichersten Plätze auf dem Dach des Frachtzugs gen Norden zu begeben. Sie schliessen sich dem grossen Treck, der die USA derzeit heimsucht, an.

Die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen, die an der US-Grenze festgenommen worden sind, hat sich seit 2011 verdreifacht. Vielfach wurde gemutmasst, dass Kinder mit ihren Eltern in grosser Anzahl die Grenze überqueren, allerdings gibt es von der Obama-Regierung keine jährlichen Zahlen dazu. Die jetzige Krise um den Anstieg der MigrantInnen hat zu wochenlangen, harten politischen Auseinandersetzungen in den USA geführt: Die Regierung argumentierte, dass die hohe Kriminalitätsrate die MigrantInnen von Zentralamerika in den Norden treibe, während die RepublikanerInnen entgegneten, dass die Politik Obamas den MigrantInnen vermittelt habe, Kinder und ihre Mütter könnten in den USA bleiben.

Die Interviews, die ich entlang der Route mit MigrantInnen wie Gladys geführt habe, zeigen, dass beide recht haben. Die über-grosse Mehrheit sagte, dass sie vor der Gewalt der Gangs fliehen würden, die in Guatemala, Honduras und El Salvador in den letzten Jahren epidemische Ausmasse angenommen habe. Die MigrantInnen stimmten auch darin überein, dass sie deswegen nach Norden gegangen seien, weil sie gehört hätten, dass es eine Änderung der US-Gesetze gegeben habe, die besagen, dass die Grenzpatrouillen Kinder und ihre Mütter umgehend freilassen würden und dass sie in den USA bleiben könnten. Diese Aussicht auf einen möglichen Daueraufenthalt, sobald die Grenze überschritten ist, hat die Risikoabwägung für zehntausende von Eltern verändert. Sie sind nun weniger besorgt, wenn ihre Kinder den gefährlichen Weg durch Mexiko und ihren womöglich tödlichen mehrtägigen Märschen durch die Wüste des Süd-

Inhaltsverzeichnis

Immer mehr Kinder flüchten vor der Gewaltkriminalität in die USA - in der Hoffnung auf eine sichere Bleibe.....	1
Die UN fordert Einhaltung der Menschenrechte für minderjährige MigrantInnen.....	3
US-Staatssekretär für innere Sicherheit in Guatemala.....	3
Täglich werden 252 MigrantInnen aus Mexiko abgeschoben.....	4
Internationale Präsenz in Guatemala.....	4
Einschränkung der Meinungsfreiheit.....	5
ODHAG eröffnet eine Datenbank des historischen Andenkens.....	5
Biopsie / Juli 2014: Autorität vs. Autoritarismus.....	6

westens bestehen wollen.

"Die Vereinigten Staaten geben uns eine grosse Chance, weil wir jetzt, mit diesem neuen Gesetz, die Wüste nicht mehr durchqueren müssen, dort, wo bereits so viele Menschen starben. Wir können direkt zu den US-Grenzbehörden gehen.", sagt Gladys und fügt hinzu, dass sie hoffe, eines Tages Ärztin zu werden. Die lächelnde Teenagerin mit den langen schwarzen Haaren sagt, dass ihre Aussicht, endlich ihre Mutter wiedersehen zu können, die Gefahren des Weges dorthin verblassen lasse. Ihre Mutter sagt, dass sie sich über die Gefahren klar gewesen sei, aber dass sie es wert seien, da sie schon fünf Jahre getrennt von ihrer Tochter lebte. Am Telefon betont die Mutter, die ihren Namen nicht nennen will, da sie illegal in den USA ist, dass sie entschieden habe, ihre Tochter herzuholen, weil "wenn sie es bis hierher schafft, kann sie bleiben, so habe ich es jedenfalls verstanden." Und sie fährt fort: "Jetzt sagen sie, dass alles, was die Kinder zu tun haben, der Gang zur Grenzpolizei ist."

Diese Hoffnung der MigrantInnen ist nicht völlig unbegründet. Während Mexiko generell alle, die sie aufgreift, schnell wieder abschiebt, hat der Ansturm auf die Grenzposten der USA der Regierung nur geringe Spielräume gelassen, um für die zentralamerikanischen Kinder und ihre Eltern zu sorgen. Die Minderjährigen, die die Grenze überqueren, werden im Allgemeinen in die Hände von Verwandten gegeben, die bereits in den USA leben. Mütter mit Kindern werden durchgelassen mit dem Hinweis, dass sie später vor dem Migrationsgericht zu erscheinen haben.

Wenn also auch viele Kinder und ihre Angehörigen eine Ausweisung erhalten, so berichten doch viele bei ihren Anrufen in die Heimat, dass sie sich in den USA in der Zeit der Migrationsverfahren frei bewegen können und dass diese Verfahren Jahre dauern können. Die Regierung Obamas schätzt, dass sie zwischen Oktober 2013 und September 2014 etwa 90.000 Kinder aufgreifen werden, die ohne Beisein ihrer Eltern versucht haben werden, die Grenze illegal zu übertreten. Im letzten Jahr haben die USA weniger als 2.000 Kinder in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt.

"Ja, de facto ist es so, dass du zur Grenzpolizei gehen kannst, einen Kontakt in den USA angeben musst, und du wirst frei sein, selbst wenn sie dir irgendwann in der Zukunft einen Gerichtstermin geben", sagt Ruben Figueroa, Mitglied der Mesoamerikanischen MigrantInnenbewegung. Er arbeitet in einer Behelfsunterkunft für MigrantInnen, die den südöstlichen Bundesstaat Tabasco durchqueren. "Wenn du diese Information zusammenbringst mit den Erfahrungen der Gewalt in den Strassen und den Gefahren, die die Menschen von einem lebenswerten Leben trennen, dann hast du als Ergebnis einen Massenexodus."

Rocio Quinteros verkaufte Snacks vor einer Schule in San Miguel, 80 Kilometer von der Hauptstadt El Salvadors entfernt, bis Gangster eine prozentuale Beteiligung für sich verlangten. Das machte es ihr unmöglich, über die Runden zu kommen. Als sie nicht mehr länger an die Leute von der Mara Salvatrucha zahlen konnte, haben die gedroht, ihren 14-jährigen Sohn für die Gang zu rekrutieren. Diesen Monat sagte sie den lokalen Gangstern, dass sie ihre vier Kinder im Alter zwischen 11 und 17 in eine andere Stadt schicken müsste, um nach der kranken Grossmutter zu schauen. Dann verliessen sie ihre kleine, schäbige Hütte am nordöstlichen Rand der Stadt und gingen Richtung Norden.

"Sie sagen, gib mir 100 und du gibst es ihnen, dann verlangen sie 200 und sie bedrängen dich solange, bis du ihnen alles gegeben hast, selbst das Haus", sagt Rocio Quinteros, als sie mit ihren jüngsten Kindern im Frauentrakt in der MigrantInnenbarracke von Arriaga in Chiapas wartet. "Wenn wir in El Salvador geblieben wären, hätte ich einen meiner Söhne begraben müssen." Ohne Spielzeug, mit dem sie sich beschäftigen könnten, sitzen die Kinder im Frauentrakt vor dem Fernseher, bis ihre Eltern hören, dass der Zug kommt. Während sie wartet, spricht Quinteros durch die Tür des Männertraktes mit ihren älteren Söhnen.

In Carmensa, in Nachbarschaft zu dem Dorf, das sie mit ihren Kindern verlassen hatte, stehen Dutzende Häuser leer, weil ihre BewohnerInnen in die USA aufgebrochen sind. Die Zurückgebliebenen beschreiben ihr Leben als angsterfüllt. Gonzalo Velazquez, 66, sagt, er wäre vom Lande nach San Miguel geflohen, als der Krieg der 1980er Jahre tobte und ihm seine kleine Farm nahm. Er habe den Krieg erlebt, aber jetzt sei es anders. "Damals wussten wir, wer geschossen hat. Heute weisst du es niemals. Wenn du kleine Kinder hast, echt kleine Kinder, dann ist es besser, wenn du gehst, damit sie nicht in die Gangs hineingeraten. Die Läden schliessen, weil ihre BesitzerInnen Schutzgelder zahlen sollen. Wenn sie nicht zahlen können, müssen sie ihn dicht machen." Auch Quinteros glaubt, dass sie ihre Kinder durch ihre Flucht vor der Gang gerettet habe. "Auf dem Weg nordwärts hast du die Hoffnung auf Leben, aber auch das Risiko des Todes", sagt sie. "Zu Hause ist dir der gewaltsame Tod sicher."

Die Obama-Administration erklärte am 21. Juni, dass sie entlang der Grenze Haftzentren für Familien öffnen werde, um die Zahl der freigelassenen Frauen und Kinder zu senken. Vizepräsident Joe Biden flog am selben Tag nach Guatemala, um die Gefahren dieser Wege gen Norden zu betonen und auf die geringen Chancen hinzuweisen, tatsächlich in den USA bleiben zu können. Das ist schwerer Tobak für die zentralamerikanischen MigrantInnen, für die das Leben zu Hause einfach nicht mehr zu ertragen ist.

Als Gladys und ihre BegleiterInnen den Zug besteigen, nimmt Natanael Lemus, ein 30-jähriger Mechaniker aus El Salvador, seinen zehnjährigen Sohn Edwin und seine 12-jährige Tochter Cynthia bei den Händen und fragt um Hilfe, um auf das Dach des Zuges zu kommen. Auf dem überfüllten und rutschigen Dach macht Lemus aus schwarzen Plastiktüten Regenmäntel für seine Frau und Kinder und bindet sie mit ihrer Kleidung an den Zug fest, damit sie nicht herunter-

fallen. Er erklärt, dass er seine Werkstatt in San Salvador hinter sich gelassen habe, weil die Erpressungen ihm ein Auskommen unmöglich gemacht hätten. "Wenn du ein Auto kaufst, kommen sie, um es sich zu nehmen. Wenn du eine Maschine für die Werkstatt kaufst, kommen sie, um sie sich zu nehmen. Wenn sie sehen, wie du dir schöne Hosen anziehst oder Sneakers, kommen sie, um sie sich zu nehmen", sagt Lemus. "So kannst du nicht arbeiten, du gehst pleite." Wenn er seine Frau und Kinder sicher in den Norden gebracht habe, dann werde er in Mexiko auf seine Chance warten, auch hinüber zu gehen, hoffentlich ohne gefasst zu werden. Aber am Wichtigsten, sagt er, sei es, seine Frau und seine Kinder der Grenzpolizei zu übergeben. Das, so hofft er, sei der erste Schritt zu einem neuen und besseren Leben. (AP, 25. Juni 2014)

Weitere aktuelle Nachrichten zum Thema vom Studienzentrum Guatemala (CEG, Juli 2014):

Die UN fordert Einhaltung der Menschenrechte für minderjährige MigrantInnen

Die Vereinten Nationen zeigen sich besorgt über die Situation von guatemaltekischen Kindern und Jugendlichen, die ohne Begleitung von Erwachsenen in die USA emigrieren. Alle beteiligten Staaten müssten deren Rechte achten und sie vor Gewaltakten, Raub, Erpressung, Entführung, Vergewaltigung und Mord beschützen.

Nach Angaben der US-Behörden seien zwischen Oktober 2013 und Mai 2014 47.000 Minderjährige ohne erwachsene BegleiterInnen illegal eingereist; Kinder, die nicht in die Heimat abgeschoben würden, seien in völlig überfüllten Haftzentren untergebracht. Sozialverbände berichten von Übergriffen physischer und verbaler Natur in den Zentren.

Daher fordern die UN in dem Papier alle Herkunfts- und Transitstaaten auf, die internationalen Verpflichtungen einzuhalten, namentlich die der Konvention über Kinderrechte. Gleichzeitig rufen sie alle Sektoren der Gesellschaft auf, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um die Ursachen kurz-, mittel- und langfristig anzugehen, die zu der Krise beitragen bzw. sie vertiefen.

US-Staatssekretär für innere Sicherheit in Guatemala

Die Migration der Minderjährigen war auch ein Thema bei den Gesprächen, die der US-Staatssekretär für innere Sicherheit Jeh Johnson mit Präsident Pérez Molina und Kabinettsmitgliedern führte. Johnson sagte, dass sein Land weiterhin die Rückführung und Reintegration dieser Kinder in ihre Heimat unterstützen und die Ursachen wie die Risiken in Angriff nehmen wolle. Der Prozess der Abschiebungen der Minderjährigen, die illegal einreisten oder von ihren Eltern geschickt wurden, werde fortgesetzt. Das Gesetz schreibe dies so vor, sodass die USA diese nicht durch einen Aufenthalt in den USA privilegieren dürften. Präsident Obama bat den Kongress um die Freigabe von 3,7 Milliarden US-Dollar für die Betreuung der minderjährigen MigrantInnen. Was unter anderem damit bezahlt werden muss, sind die 260 RichterInnen, die in den 59 Migrationszentren entlang der gesamten Grenze über den Status der MigrantInnen entscheiden werden. Der personelle Engpass führte 2013 dazu, dass mehr als 361.000 Fälle nicht abschliessend bearbeitet werden konnten.

Präsident Pérez Molina fand diese Geldmenge "bewundernswert", sie würde jedoch nicht sicher stellen, dass die Kinder im Land bleiben könnten. "Warum wird den Minderjährigen etwas nahegelegt, was am Ende für diese gar kein befriedigendes Ergebnis haben wird?", fragte er sich angesichts der strapaziösen Reise der Kinder.

Für die Geschäftsführerin der Nationalen Plattform für Migration (MENAMIG), Alejandra Gordillo, mangelt die Haltung der USA angesichts dieser Realität an humanitären Perspektiven. Sie versuche, die Minderjährigen ohne Begleitung von der Migration abzuhalten. "Man muss sich darüber im Klaren sein, dass das Migrationsverfahren nach dem US-Gesetz individuell und Fall für Fall ausgehandelt werden muss, wobei geklärt werden soll, wer einen Vorteil erhält und wer nicht. Das passiert nicht automatisch und dauert ein bis zwei Jahre."

RepräsentantInnen der Nationalen Kommission für den Schutz der MigrantInnen eröffneten die Kampagne "Bleib". Sie richtet sich an Jugendliche und Kinder mit dem Ziel, dass diese im Land verbleiben und nicht in die USA ziehen. Es werden Spots im Radio und Fernsehen ausgestrahlt, in denen die Gefahren der Reise gen Norden an Fallbeispielen aufgezeigt werden. In dem Kampagnenprogramm werden vier Punkte angesprochen: die Sorge um die minderjährigen MigrantInnen, eine Kampagne für eine Bestrafung der Schleusserbanden, ein integriertes Programm zur Verhinderung der Flucht der Minderjährigen und eines zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur.

Bei seinem Besuch in Guatemala am 8. Juni hielt sich Jeh Johnson auch in Tecún Umán, Department San Marcos, auf und besuchte die im Grenzgebiet stationierten guatemaltekischen Spezialkräfte. Die USA wollen deren Ausbau finanziell und technisch unterstützen. Es wurde ein Abkommen unterzeichnet, bei dem eine umfassende Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Drogenhandel, aber auch gegen die Schleusser vereinbart wurde. Sowohl die Transportwege des Drogen- und Waffen-, als auch des Menschenhandels überschneiden sich, sagte Innenminister López Bonilla.

Sein Stellvertreter, Eddy Juárez, wies darauf hin, dass Staatsanwaltschaft, Innenministerium und das Parlament einen Gesetzentwurf vorbereiteten, der das Schleusertum und andere, mit der illegalen Migration verbundene Taten strafrechtlich definiert. Die Regierungspartei PP hat inzwischen einen solchen Entwurf vorgestellt.

Täglich werden 252 MigrantInnen aus Mexiko abgeschoben

Die mexikanische Regierung schiebt täglich 252 Migrantinnen aus Guatemala, Honduras und El Salvador ab. Das berichtete die Geschäftsführerin der Nationalen Plattform für Migration (MENAMIG), Alejandra Gordillo. Das heisst, jede Stunde werden etwa 10 Personen ausgewiesen. Das mexikanische Nationale Institut für Migration (IINM) arbeite nach ihrer Einschätzung bei der Abschiebung effektiver als die Grenzpatrouillen in den USA. In den letzten acht Jahren haben die mexikanischen Migrationsbehörden laut INM 827.000 ZentralamerikanerInnen verhaftet und ausgewiesen. Das sind über 100.000 mehr als das US-Department für innere Sicherheit (DHS) für den gleichen Zeitraum angegeben hat.

Dabei hatte es vor der Krise, die durch die aktuell hohe Zahl der minderjährigen unbegleiteten MigrantInnen ausgelöst worden sei, zunehmend Vorwürfe gegen die mexikanischen Behörden gegeben, die illegale Migration zu begünstigen. Die südliche Grenze sei nicht gut genug überwacht, Chiapas sei ein offenes Tor für MigrantInnen, das geschlossen werden müsse. Aus der Sicht der MigrantInnen bereite die stärkere Überwachung jedoch Sorgen, da sie sich dann nicht in das Heer der lateinamerikanischen Arbeitskräfte in den USA einreihen könnten und damit keine Möglichkeiten erhielten, die ökonomische Situation für ihre Familien angesichts der mangelnden Perspektiven in der Heimat anderenorts zu verbessern.

Gordillo geht davon aus, dass die stärkere Bewachung der südlichen Grenze einen Anstieg der Kosten der Schleusser bringen werde und verlangt, dass beide Regierungen - angesichts der Rückgänge der Remisen - Programme und Projekte in Angriff nehmen müssten, die Arbeitsplätze schaffen. Tatsächlich initiierten die beiden Präsidenten Pérez Molina und Peña Nieto ein Programm namens Südgrenze, das das Ziel habe, Besuchsvisa und Arbeitserlaubnisse für die BürgerInnen von Guatemala und Belize auszugeben.

Internationale Präsenz in Guatemala

Guatemala, 10. Jul. Am 1. Juli wurden zwei Teammitglieder von peace brigades international (pbi), einer internationalen Organisation, die MenschenrechtsverteidigerInnen begleitet, zur Migrationsbehörde bestellt. Dort wurde ihnen mitgeteilt, dass ihr temporärer Aufenthaltsstatus aufgehoben würde und sie innerhalb von 10 Tagen das Land zu verlassen hätten. Eine konkrete Erklärung wurde nicht gegeben.

Die beiden betroffenen Personen, StaatsbürgerInnen von Spanien bzw. Chile sowie das Team von pbi konnten sich allerdings schon einen Grund vorstellen. Denn zufälligerweise waren genau diese beiden internationalen Freiwilligen bei der Räumung von La Puya am 23. Mai diesen Jahres präsent. Auch wurden dort ihre Papiere kontrolliert, man wusste also sehr genau, wer sie waren.

Was könnte nun also hinter dieser Ausweisung stecken? Seit einigen Jahren schon müssen internationale Begleitorganisationen in Guatemala vielfältige Verleumdungen aus dem Weg räumen oder ertragen. Es ist keine Seltenheit, dass bekannte KolumnistInnen die Präsenz der internationalen Organisationen als einen Störfaktor für die innere Ruhe des Landes darstellen. Sie würden Konflikte schüren, heisst es.

Schon letztes Jahr liess Innenminister, Mauricio López Bonilla laut der Nachrichtenagentur Cerigua verlauten, dass alle jene AusländerInnen des Landes verwiesen werden, die sich in interne Angelegenheiten einmischen und Gemeindemitglieder zu kriminellen Handlungen anstiften würden. Der Minister sagte damals, dass er wüsste, wer diese Personen seien, gab deren Namen aber nicht öffentlich bekannt. Wenn es nun wirklich gelänge, jene Personen rechtlich des Landes zu verweisen, wäre ein weiterer Schritt in Richtung Schliessung der Räume für MenschenrechtsverteidigerInnen getan.

Denn Pbi ist eine jener Organisationen, die einen legalen Status besitzen, d.h. die Friedensbrigaden sind in Guatemala registriert, und seit 30 Jahren begleiten sie bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen im Land. Die Freiwilligen besitzen also eine gültige Aufenthaltserlaubnis.

Die Reaktion von pbi auf die Ausweisungen war schnell und effizient. Darüber hinaus konnten sie auf die Unterstützung langjähriger Verbindungen mit lokalen und internationalen Organisationen zählen, sowie auf die jeweiligen Botschaften der Teammitglieder. Es wurden zahlreiche Treffen mit der Regierung (Innenminister López Bonilla), europäischen Botschaften und diplomatischem Personal abgehalten. Und letztendlich stellte sich die 'Affaire' als ein einfaches Missverständnis dar. Es war ein Fehler bei der Identifizierung der beiden genannten Personen geschehen. Die temporäre Aufenthaltserlaubnis wurde den beiden Freiwilligen umgehend wieder erteilt und auch des Landes sind sie nicht mehr

verwiesen.

Der Innenminister López Bonilla selbst telefonierte mit dem Team von pbi und entschuldigte sich formell für diesen Zwischenfall. Bei dieser Gelegenheit gab er seinen Respekt vor der Arbeit von pbi und die der MenschenrechtsverteidigerInnen zum Ausdruck. Er stellte ebenso klar, dass es keine Anzeigen gegen pbi oder seine Mitglieder von Seiten der guatemaltekischen Regierung gäbe.

In einer Pressemitteilung des Hochkommissariats für Menschenrechte der Vereinten Nationen (OACNUDH), die am 10. Juli, also am Tag der Aufklärung des Irrtums, erschien, wurde der Schritt des Innen- und Aussenministeriums bezüglich der Anerkennung der nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen begrüsst, denn er stärke die Demokratie und den Rechtsstaat. Die OACNUDH war selbst am 23. Mai in La Puya gewesen und konnte nach eigenen Angaben massgeblich dazu beitragen, die Situation aufzuklären und die Natur der Arbeit von pbi zu erläutern.

In einem offenen Brief von pbi vom 10. Juli heisst es darüber hinaus: „Wir sehen die Zeichen von Unterstützung, Solidarität und Sorge, die uns von zahlreichen Seiten her zum Ausdruck gebracht wurden, als eine wichtige Hilfe an um eine positive Lösung für die Situation zu finden.“ Pbi bedankt sich ausdrücklich bei den sozialen Organisationen, guatemaltekischen und internationalen MenschenrechtsverteidigerInnen, sowie den Mitgliedern des diplomatischen Korps und des Hochkommissariats, den JournalistInnen, politisch Aktiven und all den anderen Personen, die sich für die Menschenrechte in Guatemala einsetzen.

Einschränkung der Meinungsfreiheit

Guatemala, 9 Jul. Das dritte Berufungsgericht entschied, dass jede Person, die kein(e) professionelle(r) JournalistIn ist, für ihre Veröffentlichungen im strafrechtlichen Sinne verantwortlich ist. Dieser Entscheid setze einen Präzedenzfall, der die Meinungsfreiheit in Guatemala stark eingrenze und einen Rückschritt der Demokratie gleichkomme, erklärte Daniel Pascual, Führungsperson des Komitees der Einheit der BäuerInnen (CUC).

Die Organisation legte gegen den Gerichtsentscheid Widerspruch vor dem Verfassungsgericht ein. Denn, wenn dieser Beschluss in der Realität zum Tragen käme, so Daniel Pascual, würde es das verfassungsmässige Recht auf Meinungsfreiheit einschränken und beträfe nicht nur die JournalistInnen, sondern die gesamte Bevölkerung.

Daniel Pascual führte weiter aus, dass sich derartige negative Tendenzen in letzter Zeit häuften. Zum Beispiel wurde der Herausgeber einer Zeitung durch die Exekutive angezeigt. Das Recht auf freie Meinungsäusserung würde vermehrt kriminalisiert und MenschenrechtsverteidigerInnen strafrechtlich durch den Staat verfolgt, so Pascual.

Die Entscheidung des Gerichts kam aufgrund eines Rechtsstreits zwischen Ricardo Méndez Ruiz, dem Präsidenten der Stiftung gegen Terrorismus, und Daniel Pascual zustande. Ersterer verklagte letzteren wegen Beleidigung und Verleumdung, nachdem zuvor schon Angriffe verschiedener Art gegenüber Pascual erfolgten und dieser in diversen Publikationen die Verantwortung Méndez Ruiz und anderen Personen zuschrieb. (AC)

ODHAG eröffnet eine Datenbank des historischen Andenkens

Guatemala, 1. Jul. Das Büro für Menschenrechte des Erzbischofs in Guatemala (ODHAG) hat kürzlich das Zentrum zur Erinnerung von Monseñor Juan Gerardi eröffnet. Dort werden mehr als 62.132 digitalisierte Unterlagen und 4.173 Aufnahmen von Interviews mit Opfern des bewaffneten Konflikts aufbewahrt und der Öffentlichkeit unter bestimmten Bedingungen zugänglich gemacht.

Direktor Nery Rodenas erklärte, das Ziel der Initiative sei, eine Dokumenten-Datenbank bezüglich der Menschenrechte und des historischen Andenkens zu schaffen, die guatemaltekische ForscherInnen zur Aufklärung der jüngsten Vergangenheit nutzen können. Das Zentrum stellt somit eine Umsetzung der Vorschläge des Berichts über die Wiedererlangung des historischen Andenkens (REMHI) dar und soll dazu verhelfen, auf die jüngere Geschichte des Landes aufmerksam zu machen.

Bei den Dokumenten sind oft die Namen der Opfer (mit deren Einverständnis) vermerkt, nicht aber die der ZeugInnen. Diese verbleiben anonym. Ebenso ist die Methodologie, die genutzt wurde, um den REMHI zu erarbeiten, dort verwahrt. Des weiteren sind Berichte über Massaker, die von der Armee und von der Guerilla begangen wurden, die persönlichen Archive von Monseñor Rodolfo Cardenal Quezada Toruño über den Friedensprozess und die Nationale Versöhnungs-Kommission, und ein Band über die geltenden Gesetze von Juni 1871 bis Juni 1979 einsehbar.

Wenn einE ForscherIn nun also die Datenbank nutzen möchte, müsse er oder sie das ODHAG anschreiben und definieren, was genau er/sie einsehen möchte und warum. Das ODHAG würde dann darüber entscheiden, ob sie der Anfrage nachgeht. (AC)

Autorität vs. Autoritarismus

Um ein Gebäude zu errichten, welches dazu bestimmt ist, nützlich und standhaft zu sein, ist es nicht sinnvoll, die baulichen Belastungsgrenzen zu überschreiten. Die Konstruktion einer Nation, gleich der eines Gebäudes, benötigt ein definiertes Projekt und eine entschlossene Planung. Der bisherige Verlauf der Regierung von Otto Pérez Molina macht deutlich, dass es an einer Planung fehlt, um einen funktionierenden Rechtsstaat zu schaffen. Vielmehr scheint es, dass das Einzige, was geplant wird, eine ewige Werbekampagne über Pérez Molinas 'Management' (oder einfacher gesagt, seine Arbeit) ist – ein 'Management', das zudem Millionen verschlingt, die aus Budgetkürzungen von anderen Ministerien und Institutionen stammen, wie zum Beispiel Landwirtschaft, Gesundheit, Bildung und Kultur, um nur einige zu nennen.

Der Präsident hat die schmale Linie zwischen Autorität und Autoritarismus überschritten. Der erste Schritt dorthin war während der Wahl, der zweite ist die Folge von im Exzess ausgeübter illegitimer Autorität. Diese illegitime Autorität wurde im Mai 2012 offensichtlich, als Pérez Molina den Ausnahmezustand in Barillas, Department Huehuetenango, ausrief, und nimmt seitdem immer grössere Ausmasse an. Wie zum Beispiel die Ernennungen von Militärs in hohe Positionen verschiedener staatlicher Institution (der Exekutive, Legislative und Judikative) und unabhängiger, ausschliesslich ziviler Abteilungen.

Die Interventionen Pérez Molinas, um seine Alliierten, viele von ihnen ehemalige Militärs, in Schlüsselpositionen zu platzieren, summieren sich zu einer Intransparenz und Willkür in allen Sektoren der Administration: Das geht vom Innenministerium über das Guatemaltekische Institut für Sozialversicherung bis zum Technischen Sekretariat des nationalen Sicherheitsrat. Es geht weiter bei dem illegalen und anmassenden Versuch, den Direktor der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (FLASCO) zu ernennen und dem Versuch, BeraterInnen der Obersten Finanzbehörde unter Vertrag zu nehmen, um eine „bessere“ Fiskalsituation zu erlangen, nachdem seine Steuerreform misslang. Und das sind nur einige Fälle. Die Willkür, mit der RichterInnen und Justizbeamten in die wichtigsten Gerichte des Landes ernannt wurden, stellt ein weiteres Beispiel dar.

Dazu kommt die blitzschnelle Verabschiedung von Gesetzen (z.B. das Gesetz für einen freien Strassenverkehr ohne Hindernisse, Dekret 8-2014, oder das Gesetz über Telekommunikation, Dekret 12-2014), die auf lange Sicht die fundamentalsten Freiheiten der Bevölkerung beschneiden, wie das Recht auf Demonstration, gleichzeitig aber denjenigen Unternehmen (Bergwerke, Wasserkraft und Telefonkommunikation) nutzen, die auf die besonderen Dienste von Armee und Nationaler Zivilpolizei zählen können.

Laut den Professoren Vinrod K. Kool und John Ray, legt der Autoritarismus als Ideologie Wert darauf, dass die Autorität mit Hilfe von Gewalt und Nötigung ausgeübt wird und eben daran zu erkennen ist. Wie sonst könnte man die direkte Aggression gegen unbewaffnete Zivile durch die nationalen Sicherheitskräfte nennen? In wie vielen Ländern, die sich nicht im Kriegszustand befinden, kann man Polizei- und Militärstützpunkte finden, die die Strassen bewachen? Was ist der Grund für die Verlegung von Militärs an Zollstationen mit dem Zweck, Steuereinkünfte zu erhöhen? Versteckt sich der Militarismus nicht hinter der Fassade des Kampfes gegen den Drogenhandel? Wie sonst sollte man die unbegründete Aufhebung von temporären Aufenthaltsgenehmigungen zweier internationaler Beobachter- und BegleiterInnen (Peace Brigades International) von MenschenrechtsverteidigerInnen nennen?

Die repressiven Praktiken, die zwar für jeden offensichtlich sind, der nicht in diesem Land lebt, schaffen es nicht, in das kollektive Bewusstsein des guatemaltekischen Volks vorzudringen. Aufgrund seiner Geschichte hat sich das Volk daran gewöhnt, das Schweigen aufrecht zu erhalten und die Frustration zu ertragen, wenn einE Chefn oder anmassende Beamten bürokratisch und/oder drohend ihm einen Befehl geben. Dabei ist es nebensächlich, ob dieser Befehl einen Sinn ergibt oder gar unmenschlich ist. Das Ergebnis des Autoritarismus und der Propaganda der „Angst vor Freiheit“ (Angst auf die Strasse zu gehen, Angst zu denken, Angst seine Meinung zu äussern), die flächendeckend in den Kommunikationsmedien zu finden ist, ist der konstante Verfall der sozialen Protestbewegungen und Organisationen.

Wie schon der argentinische Poet Juan Gelman darlegte: „Es scheint, dass ein ganzes System installiert worden ist, um unseren Geist zu ersticken und um uns in eine fruchtbare Erde des Autoritarismus zu verwandeln. Und das Schlimmste, was dem Menschen passieren kann, ist die Gewohnheit. Die Gewohnheit an: Terrorismus, Völkermord durch Hunger, Mangel an Bildung für alle.“

¡Fijáte!**<http://fijate.guatemala.de>**

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6